

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Steffen Vogel

Abg. Florian Köhler

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Florian von Brunn

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stromnetze voll auslasten - Netzinfrastruktur besser nutzen (Drs. 19/2453)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Ausbau der erneuerbaren Energien nimmt im Strombereich deutlich an Fahrt auf. Im ersten Halbjahr dieses Jahres hatten die erneuerbaren Energien bei der öffentlichen Stromversorgung bereits einen Anteil von 65 %. Das ist wirklich ein großartiger Erfolg unserer Bundesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der AfD – Martin Wagle (CSU): Was, was, was?)

Leider ist es aber so, dass das Stromnetz gerade in Bayern immer mehr zu einem Flaschenhals der Energiewende wird. Bestehende Anlagen werden abgeregelt, weil sie den Strom nicht ins Netz einspeisen können. Neu geplante Anlagen bekommen in Bayern entweder gar keinen Netzeinspeisepunkt zugewiesen, oder er ist sehr weit entfernt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen gerade von FREIEN WÄHLERN und CSU, hier rächt es sich, dass Sie über Jahre den Ausbau der Stromnetze blockiert haben. Wir brauchen jetzt endlich ein klares Bekenntnis.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

– Rechtzeitig ist der Wirtschaftsminister gekommen, der lange Zeit gegen "Monstrassen" herumgezogen ist.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ihre Kommunalpolitiker vor Ort auch!)

Das rächt sich heute. Wir brauchen jetzt ein klares Bekenntnis zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zu einer besseren Auslastung unserer Stromnetze.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Bayern ist hier besonders betroffen. Es rächt sich nicht nur die Blockade der Stromleitungen, sondern auch der sehr einseitige Ausbau der erneuerbaren Energien. Fast zehn Jahre lang wurde die Windkraft durch 10 H komplett blockiert. Es wurde nahezu nur noch Photovoltaik ausgebaut. Im Jahr 2023 waren 99 % des Ausbaus von erneuerbaren Energien Photovoltaik.

Da kann sich Ministerpräsident Markus Söder hinstellen und immer sagen, wir sind bei der installierten Leistung Spitze. – Es hilft halt nichts, wenn der Solarstrom nicht ins Netz kommt, weil die Netze voll sind, und wenn der Solarstrom nicht beim Verbraucher ankommt. Deswegen brauchen wir jetzt eine ganz klare Initiative für den Netzausbau und eine Optimierung der Netzauslastung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Unser Antrag zielt genau da hin: Stromnetze voll auslasten – Netzinfrastruktur besser nutzen.

Eine Möglichkeit, die auch kurzfristig umsetzbar ist, besteht darin, die Netzverknüpfungspunkte besser auszulasten. Ein Beispiel aus meiner Region: Wir haben sehr viele Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Die Netze sind voll, die Netzverknüpfungspunkte sind voll mit Photovoltaikstrom. Wenn man sich das aber genauer anschaut, erkennt man, das ist nur auf dem Papier so; denn de facto sind sie nur zu 13 % ausgelastet, weil die Photovoltaikanlagen eben nur 1.000 Volllaststunden im Jahr haben. Über

7.500 Stunden wäre an diesen Netzverknüpfungspunkten noch Platz. Windkraftanlagen haben zum Beispiel 2.500 Volllaststunden.

Nach der 10-H-Blockade haben wir endlich wieder einige wenige neue Windkraftanlagen in Bayern. Sie könnten jetzt in die Ausschreibung gehen, sie haben die BImSchG-Genehmigung. Sie können sich aber nicht bewerben, weil sie vom Verteilnetzbetreiber keinen Netzeinspeisepunkt zugewiesen bekommen.

Wir sagen: Die Lösung besteht jetzt einfach darin, dass Sonne und Wind gemeinsam einen Netzeinspeisepunkt nutzen sollen; denn die Gleichzeitigkeit ist gering. Wenn die Sonne kräftig scheint, dann weht kaum Wind. Umgekehrt: Wenn viel Wind weht, ist selten Badewetter. Deswegen: Netzinfrastuktur gemeinsam nutzen. Darauf zielt unser Antrag.

In der Praxis funktioniert das bisher aber nicht. Wir hatten am 16. Mai dieses Jahres bei uns im Wirtschaftsausschuss eine Anhörung. Da hat Bayernwerk ganz klar gesagt: Wir hatten als größter Verteilnetzbetreiber 2023 lediglich vier Anträge auf Mehrfachnutzung.

Da kommt jetzt eben die Staatsregierung ins Spiel: Wir brauchen ganz dringend eine Koordinierungsstelle zwischen Anlagenbetreibern und Netzbetreibern. Es muss möglich sein, dass die Photovoltaikanlage und die Windkraftanlage einen Einspeisepunkt gemeinsam nutzen. Wir brauchen diese Koordinierungsstelle auf Ebene der Staatsregierung, dann bekommen wir das Ganze zusammen. Das ist eine kurzfristige Lösung und machbar.

Dieser Antrag wurde im Wirtschaftsausschuss abgelehnt. Ich kann es einfach nicht verstehen, wie man solche Maßnahmen ablehnen kann. Wir brauchen diese Koordinierungsstelle ganz dringend, weil Bayern eben einen massiv einseitigen Ausbau hatte. Der Nachholbedarf ist sehr groß.

Deswegen müssen wir jetzt die Optimierung des Netzes anpacken. Ich rechne mit Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Ingo Hahn vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geehrter Herr Stümpfig von den GRÜNEN, Sie haben ja immer nur die Wirtschaftlichkeit, die Ökonomie im Kopf. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie auch den Umweltschutz etwas mehr im Kopf haben.

Sie haben selber dargestellt, wie wenig effizient die Photovoltaik ist. Ich glaube, Sie haben bei der Auslastung der Netze mit Photovoltaikstrom 13 % genannt. – Tatsächlich ist das so, weil der Strom so flatterhaft ist. Er ist übrigens genauso flatterhaft wie der Windkraftstrom, den Sie hier als Ergänzung propagieren.

Mich würde interessieren: Ist Ihnen die Natur egal? – Sie wissen vielleicht oder wissen es vielleicht nicht, dass wir gerade in Mitteleuropa, in Deutschland und Bayern 50 % der Hotspots des Vogelzugs haben. Das sind genau die Vögel, die an Ihren Monsteranlagen scheitern werden, die Sie jetzt in den Bayerischen Wald hineinbauen wollen. Deshalb meine Frage: Spielt dieser Umwelt- und Naturaspekt hinsichtlich der Vögel und Fledermäuse für Sie überhaupt keine Rolle mehr?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Hahn, immer wieder die gleichen Fragen und von meiner Seite auch immer wieder die gleichen Antworten: Es geht zusammen. Wenn Sie einmal in meine Region schauen würden: Wir haben eine Rotmilanpopulation, die in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, obwohl wir bei uns in Westmittelfranken die Windkraft deutlich ausgebaut haben. Von daher gesehen sind es einfach Fake News, die Sie hier verbreiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Steffen Vogel für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich sind das Nadelöhr und der Hemmschuh der Energiewende die fehlenden Verteilnetze. Das ist vollkommen klar.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Deshalb macht es auch keinen Sinn, einfach wahllos weiter Hunderte von Windkraftanlagen zu bauen oder hektarweise Photovoltaikanlagen zu installieren. Das macht überhaupt keinen Sinn, wenn es uns nicht gelingt, die produzierte Energie, den produzierten Strom zum Verbraucher und zu den Menschen zu bringen. Warum?

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Das verursacht genau das Gegenteil: hohe Kosten. Entweder geben wir dann den Strom billigst ins Ausland ab, um ihn in Flautezeiten bei uns auf dem Wege des Redispatch wieder für sehr, sehr viel Geld zurückzukaufen – das ist vollkommener Blödsinn –, oder die Anlagen werden abgeschaltet; das kann auch nicht im Sinne des Erfinders sein. Deshalb ist es ein Gebot politischer Vernunft, dass man die Verteilnetze synchron zu den erneuerbaren Energien ausbaut. Das eine ohne das andere macht einfach keinen Sinn.

Kollege Stümpfig, Sie zeigen mit Ihrem Antrag mit dem Finger auf Bayern und die Photovoltaik: Ich muss sagen, das ist kein bayerisches, das ist ein deutsches, ein bundesweites Problem. Es ist außerdem kein Photovoltaik-Problem, sondern eine Problemlage bei den erneuerbaren Energien insgesamt.

Ich darf Sie daran erinnern: Wo sind denn die Anlagen, die am häufigsten abgeschaltet werden? Die größte Abschaltung findet wo statt? – In der Nord- und in der Ostsee. Mehr als 1.500 Windkraftanlagen entstehen.

(Martin Wagle (CSU): Hört, hört!)

Sie werden installiert – EnBW baut weitere Großanlagen usw. –, und was passiert? – Wir bringen die Energie, das heißt 20 % der Energieleistung der Offshore-Anlagen gar nicht weg. Das sind 5.700 Gigawatt. Man muss sich das einmal überlegen, was das für eine Energie ist: 1 Gigawatt hat 1 Million Kilowatt. Das heißt, ein Fünftel der Energie der Offshore-Anlagen in der Nord- und der Ostsee werden überhaupt nicht genutzt, weil die Anlagen abgeschaltet werden und wir den Strom und die Energie gar nicht wegbringen.

(Martin Wagle (CSU): Weiß das der Herr Stümpfig?)

– Das weiß er offensichtlich nicht. Das ist kein bayerisches, sondern ein bundesdeutsches Problem. Deshalb lassen wir das auch nicht gelten.

Jetzt ist die Frage, was passieren muss. Sie schlagen jetzt eine Koordinierungsstelle vor. – Ich sage Ihnen als Vorsitzender der Enquete-Kommission Bürokratieabbau ganz offen: Wir brauchen nicht noch eine Stelle. Wir brauchen nicht noch eine Behörde.

(Zuruf: Genau so ist es!)

Wir brauchen nicht noch einmal irgendjemanden, der sich um irgendetwas kümmert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben das bayerische Wirtschaftsministerium, und wir haben die Bezirksregierungen. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat deshalb, weil das Problem ja nicht nur von den GRÜNEN adressiert wird, sondern weil die Netzbetreiber, weil die Politik, weil wir als regierungstragende Fraktionen das Problem natürlich genau so sehen, die Initiative "Verteilnetz und erneuerbare Energien Bayern" ins Leben gerufen.

Das Wirtschaftsministerium hat das Memorandum of Understanding "Beschleunigung der Netzintegration regenerativer Erzeugungsanlagen" Ende Juli 2022 initiiert. Deshalb kann man nicht sagen, wir brauchen eine neue Koordinierungsstelle. Ich gehe

davon aus, dass sich unser bayerisches Wirtschaftsministerium und unsere Bezirksregierungen dezentral – eine Koordinierungsstelle ist ja wieder zentral für ganz Bayern – um das Thema kümmern.

In der Sache haben Sie natürlich vollkommen recht.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Ah!)

Es ist natürlich sinnvoll, das Netz effektiv auszulasten. Es ist natürlich auch sinnvoll, die Netzverknüpfungspunkte möglicherweise durch Photovoltaik und Windkraft, weil sie sich gut ergänzen, gemeinsam zu nutzen. Wir sehen aber nicht die Notwendigkeit zur Schaffung einer Koordinierungsstelle; wir wollen weniger Bürokratie und nicht mehr Bürokratie.

Der entscheidende Punkt ist aber ein anderer: Allein mit einer Koordinierungsstelle lösen wir das Problem nicht. Wir brauchen einen beschleunigten Netzausbau. Das ist der Hebel. Bayern vorzuwerfen, dass dort nichts passiert, ist absurd. Das Bayernwerk hat innerhalb der letzten drei Jahre 2 Milliarden Euro für den Netzausbau ausgegeben und jetzt ein historisches Wachstumsprogramm auf den Weg gebracht: 5 Milliarden Euro in drei Jahren. Wir reden dabei von 1.000 Kilometer Hochspannungsleitung bis zum Jahr 2030, 40.000 Kilometer Mittel- und Niederspannungsleitung und vom Bau von 270 Umspannwerken. Das heißt, das Bayernwerk nimmt eine unheimliche Dynamik auf, um Schritt zu halten mit dem Ausbau erneuerbarer Energien in Bayern. Das brauche ich Ihnen nicht zu erklären. Das hören Sie jede Woche, wenn Sie solche Anträge stellen, dass Bayern beim Ausbau der regenerativen Energien in Deutschland auf Platz eins ist. Sie können Bayern so lange schlechtreden, wie Sie wollen. Das ist Fakt.

(Beifall bei der CSU)

Die Staatsregierung hat dieses Thema auch längst erkannt. Dazu brauchen wir keine grüne Nachhilfe oder grüne Anträge. Der Ministerpräsident hat heuer am 13. Juni eine

Regierungserklärung abgegeben. Und was hat er gesagt? – Jawohl, wir müssen das koordinieren, wir müssen besser werden, wir müssen die Netze besser auslasten. Deshalb hat er 40 zusätzliche Stellen für die Regierungen zugesagt. Warum? – Weil es nicht einzusehen ist, dass eine Behörde in München über die Netzanschlüsse in Unterfranken nachdenken soll. Das können wir in den Regionen selbst.

Wir brauchen auch Beschleunigung, das heißt, oberirdisch, wo möglich, aber unterirdisch, wo nötig. Warum? – Weil für uns der Schutz der Bevölkerung eine Rolle spielt, gerade bei uns in Unterfranken. Ich nenne Grafenrheinfeld, Bergrheinfeld, den Landkreis Main-Spessart, den Landkreis Bad Kissingen, den Landkreis Schweinfurt – alle Leitungen kommen zentral nach Bergrheinfeld. Dass man die Bevölkerung schützen muss, ist für uns vollkommen richtig, und deshalb gilt: oberirdisch, wo möglich, aber unterirdisch, wo nötig.

Als Nächstes brauchen wir das überragende öffentliche Interesse in der Abwägung für den Netzausbau, das überragende öffentliche Interesse, damit im Abwägungsprozess die Netzinfrastruktur vorrangig behandelt wird. Warum? – Damit es einfach schneller geht. Das machen wir nicht zum Selbstzweck, damit einfach nur irgendwo Leitungen gebaut werden, sondern uns ist es wichtig, bezahlbare Energien für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Wirtschaft zu haben.

Versorgungssicherheit ist ein hohes Gut, das unsere Wirtschaft braucht. Durch den vollkommen absurden Ausstieg aus der Kernenergie haben wir jetzt eine Notlage. Deshalb müssen wir zusehen, unsere Betriebe und unsere Bürger möglichst schnell mit preisgünstiger Energie zu versorgen. Dafür spielt der Netzausbau eine entscheidende Rolle, und deshalb brauchen wir das überragende öffentliche Interesse bei der Abwägung von Netzinfrastrukturprojekten.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Koordinierungsstelle lehnen wir ab. Das Wirtschaftsministerium kümmert sich um dieses Thema. Die Bezirksregierungen kümmern sich um dieses Thema. Wir stehen

für einen beschleunigten Ausbau. Das Bayernwerk als einer der großen Netzbetreiber, der größte in Bayern, kümmert sich mit großer Wucht, mit 5 Milliarden Euro innerhalb von drei Jahren, darum. Deshalb braucht es diese Koordinierungsstelle nicht. Sie streuen einfach Sand in die Augen, wenn Sie glauben, das Problem wäre dann gelöst, wenn es diese Stelle gibt. Sie löst nicht das Problem. Wir kümmern uns um die bestehenden Strukturen, weil wir glauben, dass das der richtige Ansatz ist. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. – Aber ich habe schon gesehen, der Kollege Stümpfig hat eine Zwischenfrage, auf die ich mich schon sehr freue.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Vogel, Sie sagen, die Staatsregierung und das Wirtschaftsministerium würden sich kümmern. Die Fakten vor Ort sprechen eine ganz andere Sprache. Im Regionalen Planungsverband haben wir übermorgen unsere Flächen dann endlich fix, 1,8 %. Wir haben jetzt schon Betreiber, die für fünf Windkraftanlagen den BImSchG-Bescheid haben. Die Genehmigung ist da. Sie hätten jetzt in die November-Ausschreibungen gehen können; aber die Projektierer bekommen vom Verteilnetzbetreiber keinen Einspeisepunkt genannt und auch keine Ansage, bis wann dieser fertiggestellt ist. Sie können nicht in die Ausschreibung gehen. Das ist genau der Punkt.

Wir waren gemeinsam bei der Anhörung am 16. Mai dieses Jahres. Der Vorschlag bezüglich einer Koordinierungsstelle kam vom Bayernwerk. Genau das Bayernwerk war es, das gesagt hat, wir haben bisher nur vier Fälle, bei denen der Eigentümer zufällig der gleiche ist, nämlich Eigentümer Photovoltaik plus Wind. Nur in diesem Fall ginge es. Dazu gab es die Bitte an die Staatsregierung: Macht diese Koordinierungsstelle!

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit.

Steffen Vogel (CSU): Die große Herausforderung ist es doch, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien in einer solchen Geschwindigkeit stattfindet, wie er die letzten Jahre stattfindet. Das ist doch genau das Problem, wie man das vom Bayernwerk hört. Man redet von 130 % Neuanschluss allein im Bereich der Photovoltaik, das heißt, wir haben einen unglaublichen Boom, überall wird gebaut, und es ist natürlich so, dass die Netzinfrastuktur mit den Genehmigungsverfahren vollkommen überlastet ist.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das habe ich am Anfang gesagt: Es macht keinen Sinn, einfach nur Anlagen zu beantragen, wenn man nicht weiß, wie man den Strom wo hinbringt. Deshalb ist Synchronität zwischen dem Ausbau der erneuerbaren Energien und den Netzleitungen sinnvoll. Allein fünf Windkraftanlagen zu planen und Genehmigungen zu beantragen, ohne die Antwort darauf zu geben, wo eingespeist wird, ergibt keinen Sinn. Deshalb: eines nach dem anderen. Wir brauchen den Ausbau der Verteilnetze, das ist das Wichtigste. Und in Bezug auf Ihre Koordinierungsstelle: –

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, auch Ihre Redezeit ist um.

Steffen Vogel (CSU): – Es glaubt doch kein Mensch, dass die fünf Anlagen gebaut werden, wenn wir eine Koordinierungsstelle haben.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, auch Ihre Redezeit ist um.

Steffen Vogel (CSU): Der Ausbau der Verteilnetze ist das Thema.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Florian Köhler für die AfD-Fraktion das Wort.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Einmal mehr kommt die GRÜNEN-Fraktion mit einem Antrag um die Ecke, der dem Anforderungsprofil eines gymnasialen Besinnungsaufsatzes, in dem eigene Gedanken zu einer bestimmten Fragestellung entwickelt werden sollen, gerade noch entspreche, hier etwa mit dem Titel: "Einmal zu viel, einmal zu wenig. Strom aus Sonne und Wind, was es bei der Energiewende unter besonderer Berücksichtigung der Versorgung des eigenen grünen Klientels zu berücksichtigen gilt".

Sie wollen ernsthaft eine Koordinierungsstelle einrichten, in Wahrheit Jobs für Grüne mit dem Ziel der Koordination zwischen Netzbetreibern und der Branche für erneuerbare Energien schaffen. Sie fordern mit dem Mehrfachanschluss de facto den Ausbau der erneuerbaren Energien, und das ist ein astreiner Antrag für die Wind- und PV-Lobby. Mir kam das alles schon bekannt vor. Herr Stümpfig, Sie verleiten mich nach der Graichen-Habeck-Connection und der Trauzeugen-Affäre fast dazu, die Frage zu stellen, wer bei Ihnen der Trauzeuge war, oder vielleicht, bei wem Sie Trauzeuge waren.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Simone Peter ist Ihnen sicherlich auch ein Begriff. Sie war einmal die Vorsitzende Ihrer grünen Partei und ist jetzt Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energie e. V. Sie haben astrein aus dem Positionspapier des Bundesverbands vom 26. Juni 2024 abgeschrieben. Das verschweigen Sie. Das Kind nennen Sie nicht beim Namen. Ich muss gestehen, abschreiben kann auch eine Leistung sein, vor allem, wenn man nicht erwischt wird. Ich gebe es zu, ich habe es in der Schule auch einmal gemacht. Ich wurde nicht erwischt. Sie jetzt schon. Ich muss ehrlich sagen: Ich finde es beeindruckend, wie schamlos Sie sich hier hinstellen und Lobbyarbeit betreiben. Sonst rufen Sie immer nach einem Lobbyregister und sonst was. Wir müssen feststellen: Wir haben die wackeren Kämpfer für Transparenz und Lobbyregister und gegen Sinn und Verstand beim Abschreiben erwischt.

Die Forderung nach einer Koordinierungsstelle ist typisch für die GRÜNEN. Das sind steuerfinanzierte Jobs für grüne Zivilversager, die sich montags auf die Straße kleben, die Klimagerechtigkeit studiert haben und in der realen Wirtschaft sonst keine Arbeit finden.

(Beifall bei der AfD)

Sie wollen in Wahrheit die Beraterwirtschaft auf Kosten der Steuerzahler aufblähen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir hingegen wollen soziale Marktwirtschaft statt grüner Ideologie.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Paul Knoblach (GRÜNE))

Das grundlegende Problem von Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen ist, dass die Energieversorgung aus diesen Quellen sehr volatil ist. Das Lustige ist, dass Sie die Ineffizienz von PV-Anlagen in der Begründung Ihres Antrags einräumen. Dort steht – ich zitiere –:

"So sind die Netzverknüpfungspunkte oftmals nur zu 13 Prozent ausgelastet, da gerade PV-Anlagen nur 1.000 Volllaststunden im Jahr aufweisen."

Das ist korrekt. Die durchschnittliche jährliche Einspeisung von Strom aus Photovoltaikanlagen beträgt 9 % der Vollbenutzungsstunden pro Jahr. Die durchschnittliche, jährliche Leistung von Windkraftanlagen in Bayern beträgt nur 21 % der Vollbenutzungsstunden pro Jahr. Daher ist Ihr Antrag astreine Lobbyarbeit. Das haben Sie "super gemacht".

Wir brauchen in Wahrheit keine volatile Energieversorgung, sondern niedrige Strompreise und grundlastfähigen Strom für unsere Bürger und unsere Wirtschaft. Wir brauchen Ingenieure, die unsere Netzinfrastruktur verbessern und unterhalten. Wir brauchen garantiert nicht die Versorgung grüner Taugenichtse auf Staatskosten. Der Antrag ist deshalb abzulehnen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Kollege Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Herr stellvertretender Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind hier im Hohen Haus in Sachen Schaufensteranträge schon einiges gewohnt. Ich schaue dabei auf die rechte Seite; nun geraten aber auch die GRÜNEN, lieber Herr Stümpfig, zunehmend in dieses Fahrwasser. Anscheinend wollen auch Sie sich mit diesem Antrag hier im Plenum nur öffentlichkeitswirksam inszenieren. Dieser Antrag ist ein verzweifelter Versuch. Das ist kein Wunder, da Ihre Ampelkoalition auf Bundesebene kaum noch handlungsfähig ist.

"Stromnetze voll auslasten – Netzinfrastruktur besser nutzen" lautet der Titel Ihres Antrags. Selbstverständlich ist das auch unser Bestreben und unser Ziel. Aber das, was Sie fordern, hat die Bayerische Staatsregierung längst als nötig erkannt. Hubert Aiwanger hat die Thematik der Komplementarität bei der Erzeugung von Elektrizität aus Wind- und PV-Anlagen bereits in der laufenden Initiative für Teilnetze und erneuerbare Energien in Bayern aufgegriffen, um das Potenzial stärker zu nutzen. Schon im Jahr 2021 wurde das Memorandum of Understanding vereinbart. Herr Stümpfig, wir fangen also nicht bei null an, sondern arbeiten ambitioniert und zielorientiert.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Durch Gleichzeitigkeitsfaktoren werden die Erzeugungsprofile in der Netzplanung der Netzbetreiber heute schon berücksichtigt. Dadurch wird im Verhältnis zur verfügbaren Netzkapazität mehr Leistung ans Netz angeschlossen. Hierzu gibt es konkrete Anwendungsfälle im Gebiet der Bayernwerk Netz GmbH, bei denen Netzverknüpfungspunkte gemeinsam genutzt werden.

Herr Stümpfig, wenn Sie jetzt behaupten, das sei zu wenig, dann sage ich Ihnen mal, warum. Es gibt nämlich jede Menge Hürden und Hemmnisse. Viele von ihnen sind im Bund hausgemacht. Ein geeigneter Netzverknüpfungspunkt ist zunächst einmal nur eine von vielen Voraussetzungen zur Realisierung. Wo ein Windrad gebaut werden kann, richtet sich doch nicht nach dem Standort einer Netzverknüpfungsanlage, sondern man benötigt relevante genehmigungsfähige Standorte für Windkraftanlagen. Das wissen Sie doch am allerbesten. Es spielen ganz andere Faktoren eine Rolle, wie die geografische Lage, die Belange der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger, die Wohnbebauung, die Abstände zu Siedlungsflächen und Verkehrswegen, die Windhöffigkeit, der Natur- und Artenschutz oder die Belange der zivilen und militärischen Luftfahrt. Sie tun aber so, als ob man ein Windrad beliebig aufstellen kann oder PV-Anlagen beliebig zubauen kann, wo man will. Für mich ist das reine Pippi-Langstrumpf-Mentalität: Ich male mir die Welt, wie sie mir gefällt. Das ist losgelöst von jeglicher Lebensrealität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das ist auch verständlich. Leider muss ich das auch noch betonen: Ihr Antrag basiert auf einer Studie einer Lobbyorganisation Ihrer Partei. Diese Quelle verheimlichen Sie natürlich in Ihrem Antrag. Ich rate Ihnen: Lesen Sie Ihre Messe endlich mal in Berlin. Richten Sie Ihren Antrag dorthin; denn dort werden die entscheidenden rechtlichen Rahmenbedingungen für das Energiewirtschaftsgesetz und auch für das EEG gestaltet. Das sind Grundlagen für die Überbauung von Netzanschlusspunkten. Genau hierbei brauchen wir Reformen und neue Impulse.

Das Bundeswirtschaftsministerium novelliert derzeit das Energiewirtschaftsgesetz. Dazu hat man den Ländern, meine Damen und Herren – hören Sie zu –, tatsächlich nur zwei ganze Tage für die Ausarbeitung einer Stellungnahme gegeben. Ich finde das nicht nur unsauber, sondern das zeigt einen erschreckenden Mangel an Respekt vor den Ländern und allgemein vor dem demokratischen Prozess. Meine Damen und Her-

ren, dieses Verhalten ist wahrlich keine verantwortungsvolle Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fest steht: Im Bund muss geregelt werden, an bereits belegten Standorten eine Teilabnahme zu ermöglichen – Überbauungen also. Die Nachrüstung von Wind- oder PV-Anlagen zu Kombinationsanlagen wird in Berlin aktuell aber nicht gefördert. Genau das ist die Krux. Genau das ist das Defizit. Genau diese Förderinitiativen bzw. finanziellen Anreize müssen im EEG hinterlegt werden, damit der Zubau von Windkraftanlagen an bestehenden, mit PV-Anlagen belegten Netzverknüpfungspunkten finanziell attraktiver wird.

Wir appellieren deshalb an Sie: Erledigen Sie Ihre Hausaufgaben in Berlin. Wir in Bayern tun bereits unser Bestes. Das bayerische Wirtschaftsministerium und die Staatsregierung pflegen einen engen Austausch mit allen Akteuren, mit Verteilnetz- und Anlagenbetreibern. Sie ermöglichen damit eine wertvolle Dialogplattform und eruieren eine breitere Umsetzung in der Praxis, wie bestehende Netzverknüpfungspunkte noch effizienter genutzt werden können. Ich wiederhole mich: Stellen Sie die Weichen auf Bundesebene.

Die Einführung einer neuen, separaten, staatlichen Koordinierungsstelle in Bayern brauchen wir nicht. Diese würde lediglich zu noch mehr Bürokratie und zur Bindung weiterer Kapazitäten und Ressourcen führen. Sie würde eine Menge Geld kosten und hätte fragwürdige Erfolgsaussichten. Wir sehen in ihr keinen Mehrwert. Mit Ihrer von Lenkungsphantasien getriebenen Wirtschafts- und Energiepolitik sind Sie auf dem Holzweg, und zwar nicht erst seit heute, meine Damen und Herren von den GRÜNEN. Wir lehnen Ihren Antrag – wie schon im Ausschuss – hier im Plenum ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege Martin Stümpfig von den GRÜNEN hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Ludwig, wenn man jetzt einmal abzieht, was Sie alles an Beschimpfungen für die Ampel usw. abgegeben haben, dann bleibt von Ihrer Rede nur wenig Konkretes übrig. Ich will Sie nur zu einem Punkt etwas fragen. Vorab jedoch möchte ich etwas bemerken. In der Novelle des EnWG ist die Überbauung geregelt und festgeschrieben. Sie soll kommen.

Jetzt zu meiner Frage an Sie. Wir haben gemeinsam am 16. Mai 2024 eine Anhörung durchgeführt. Das Bayernwerk hat uns gesagt, dass es im Jahr 2023 für die gemeinsame Nutzung genau vier Anwendungsfälle gegeben hat. Sie haben in Ihrer Rede gesagt, dass es konkrete Anwendungsfälle beim Bayernwerk gibt. Heißt das, dass es jetzt mehr gibt? Sind Sie zufrieden mit vier Anwendungsfällen im Jahr? Oder was ist Ihre neue Information?

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Stümpfig, vielen Dank für Ihre Nachfrage. Ich hoffe, Sie haben meiner Rede genau zugehört. Natürlich reden wir von den jetzt bestehenden. Wir sind aber auch ambitioniert dabei, mehrere dieser Stellen zu schaffen. Ich glaube, wenn die Hemmnisse und Hindernisse von Berlin aus endlich beseitigt würden, dann würden wir auch schneller zum Zuge kommen.

Ansonsten möchte ich klarstellen: Ich habe weder in Richtung Berlin noch in Richtung Ampel Beschimpfungen abgegeben. Das, was Sie vielleicht als Ampel-Bashing bezeichnen, ist die pure Realität. Damit müssen Sie leben. Ich hoffe, dass diese pure Realität in Berlin demnächst ein Ende findet. Dann werden wir auch neue Wege finden, Ihnen von Bayern aus auf die Sprünge zu helfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster spricht der Abgeordnete Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist einfach unfassbar: Jedes Jahr werfen wir Strom in Höhe von Milliardenwerten weg. Wir regeln ihn ab. Er ist einfach verloren, und zwar bei hohen Energiekosten und auch bei hohen Strompreisen.

(Florian Köhler (AfD): Merken Sie was?)

Das können wir uns einfach nicht leisten. Das hat natürlich auch mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu tun. Dies ist ein großer Erfolg – Martin Stümpfig von den GRÜNEN hat es gesagt – der Ampel! Wir produzieren fast 70 % unseres Stroms klimafreundlich, sauber und bezahlbar mit erneuerbaren Energien, mit Wind und Sonne.

Das Problem ist aber, wir können die Energie nicht in die Netze einbringen, weil die Netze zu schlecht und nicht gut genug ausgebaut sind. Hier wäre es eigentlich ein kluger Gedanke, einen Netzanschluss zu nutzen, um Windkraft und Sonne gleichzeitig über diesen einen Anschluss einzuspeisen. – Martin, du hast es gesagt, nur 13 % Übereinstimmung. Das ist ja auch klar. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal festgestellt haben, dass die Sonne in der Nacht nicht scheint. Der Wind bläst aber durchaus, und im Winter bläst der Wind sehr stark. Also ergänzen sich Wind und Sonne sehr gut. Deshalb ist es vernünftig, hier tätig zu werden.

Ich kann ehrlich gesagt nicht verstehen, Herr Ludwig und Herr Vogel, warum Sie jetzt die Ampel kritisieren. Wir machen voran in der Beziehung. Als die CDU/CSU noch verantwortlich war, ist gar nichts vorangegangen. Wir bringen die PV und die Windkraft nach vorne. Zum ersten Mal haben wir den Ausbau der Geothermie entbürokratisiert. Wir beschleunigen den Leitungsausbau und bringen auch die Speicher nach vorne. Wenn man selbst eine so schlechte Bilanz aus seiner Regierungszeit hat, sollte man sich mit Kritik an anderen, die es viel besser machen, zurückhalten. Das möchte ich an der Stelle einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Hier haben wir unterschiedliche Auffassungen!)

Natürlich kann man immer mit dem Finger auf andere zeigen, aber bisher habe ich vom Wirtschaftsminister, der dafür zuständig ist, vor allem viele Reden und Ankündigungen gehört. In dem Metier, viel anzukündigen, ist diese Regierung sehr gut. Das, was dann hinten herauskommt, ist eher gering.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wie das Wahlergebnis der SPD!)

Bevor Sie uns und solche Anträge kritisieren, müssen Sie selbst erst einmal eine ordentliche Leistungsbilanz bei solchen Dingen vorlegen. – Gerade Sie, Herr Aiwanger, waren doch derjenige, der vor "Monstertrassen" gewarnt hat. Die FREIEN WÄHLER sind die Hauptverhinderungspartei, wenn es um Stromleitungen geht, und nichts anderes, auch wenn Sie jetzt einen anderen Eindruck erwecken wollen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Fragen Sie einmal Ihre Kommunalpolitiker vor Ort, wie sie dazu stehen!)

Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass wir diese Verfahren entbürokratisieren,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

weil die Bürger einen Anspruch auf sauberen und bezahlbaren Strom haben. Wir müssen zu schnelleren Verfahren kommen. Aber das Wichtigste ist, und das gilt besonders für Bayern: Wir wünschen uns, dass gehandelt statt nur geredet wird. Deswegen ist der Antrag viel besser als vieles, was aus der Regierungsecke kommt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Warten Sie bitte einen Moment, Herr Kollege von Brunn! – Herr Kollege Bausback versucht, die Technik für eine Zwischenbemerkung zu aktivieren.

Florian von Brunn (SPD): Ich hatte gerade schon geschaut, aber die Zwischenbemerkung sie war nicht angezeigt.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ja, sie war nicht angezeigt, aber er hat sich tatsächlich während Ihrer Redezeit zu Wort gemeldet. Deshalb gebe ich ihm auch die Möglichkeit.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege von Brunn, mich würde einmal konkret interessieren, was Sie zu der Forderung des Herrn Bundesminister Lindner sagen, die staatlichen garantierten Ausbaupfade sowie die Vergütung in den nächsten Jahren auf null zu senken. Das hat ja alles auch mit Ihrer Diskussion hier zu tun. Wie stehen Sie zu diesen Vorstellungen in Berlin? Wäre es denn nicht auch für die Länder wichtig, einmal eine klare Linie aus Berlin zu haben, damit wir wissen, wie wir dann in unseren Politikfeldern mit Verlässlichkeit und Kontinuität weiterarbeiten können?

Florian von Brunn (SPD): Diese Frage ist ein bisschen rhetorisch, Herr Bausback. Ich glaube, Sie können sich denken, was ich davon halte, was Herr Lindner gesagt hat.

(Michael Hofmann (CSU): Sie sind aber schon noch in einer Koalition, oder?)

Es gibt ja auch einen Grund, warum die FDP nicht mehr im Bayerischen Landtag vertreten ist. Mit solchen Vorschlägen arbeitet sie hart daran, dass sie bald auch nicht mehr im Bundestag vertreten ist.

(Zurufe von der AfD)

Ich würde mir aufseiten der FDP mehr Vernunft wünschen. Ich sage das ganz offen, auch als Mitglied des Parteivorstands. Ich halte davon überhaupt nichts, weil wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien vorankommen müssen. Wenn wir bezahlbaren und klimafreundlichen Strom für die Menschen wollen, müssen wir in diese Zukunftstechnologien investieren. Hier ist die FDP leider auf dem Holzweg.

(Ralf Stadler (AfD): Und ihr seid auf dem richtigen Weg?)

– Ja, genau.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich die Ergebnisse der vorher durchgeführten Wahlen eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags sowie eines Schriftführers bekannt und komme zunächst zur Wahl eines Vizepräsidenten – Tagesordnungspunkt 5: Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 161 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 2 Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Matthias Vogler entfielen 26 Ja-Stimmen und 131 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 2 Abgeordnete. Damit hat Herr Abgeordneter Matthias Vogler nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – Tagesordnungspunkt 6 – bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 159 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war eine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Jörg Baumann entfielen 27 Ja-Stimmen und 130 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten

hat sich ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete. Damit hat Herr Abgeordneter Jörg Baumann nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. – Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 sind erledigt.